Der oberschlesische Wanderer

Gegründet 1828

Nr. 35
97. Jahrgang
Verlagsort Gleiwitz

Mittwoch, den 11. Februar 1925

Postscheck-Konto Breslau 1382 | Telegramme Wanderer Gleiwitz | Gerichtsstand Gleiwitz
Fernsprecher Gleiwitz 171, 172, 231

Preis: 15 Goldpfennig, für poln. Oberschl. 20 Groschen

Aelteste, unparteiische Zeitung des Industriebezirks, bewährtestes Anzeigenblat

Der „Wanderer" erscheint werktäglich, mittags. — Bezugspreis: In Deutsch-Oberschlesien monatlich Mark 2.70, in Poln.-Oberschl. monatl. 3½ Złoty, im Voraus zahlbar frei Haus. — Durch die Post bezogen monatlich 2,70 GM, in Polnisch-Oberschlesien 3½ Złoty — Preise freibleibend — Betriebsstörungen, hervorgerufen durch höhere Gewalt, Streik und deren Folgen, begründen keinen Anspruch auf Rückerstattung des Bezugspreises.

Anzeigenpreise: In Deutsch-Oberschlesien die einspaltige mm-Zeile 0,10 GM, im Reklameteil 0,40 GM für auswärtige Anzeigen die einspaltige mm-Zeile 0,12½ GM, im Reklameteil 0,50 GM. — Amtliche, Finanz- und Heimatanzeigen im Industriebezirk 0,20 GM, amtliche Anzeigen auswärts 0,30 GM. — In Polnisch-Oberschlesien die mm-Zeile 0,10 bezw. 0,40 Złoty. - Angebots- und Auskunftsvermittlung 0,10 GM. Beilagengebühr 4,— GM ‰. Bei gerichtlicher Mitwirkung, bei Akkord oder bei Konkurs fällt jede Rabattbewilligung fort

Ein strenger Verweis für Deutschland

Cb. Rotterdam, 11. Februar. (Eig. Ber.) Der Courant meldet aus London: London erwartet die Veröffentlichung des Kontrollberichts. Tatsächlich scheint es jetzt, als werde der Bericht der interalliierten Militärkommission über die Entwaffnungs-Verfehlungen Deutschlands innerhalb dieser Woche veröffentlicht. Die sich aus dieser Veröffentlichung ergebende Erklärung an die deutsche Regierung wird ein sehr strenges Dokument werden.

Vorgefecht in Preußen

dt. Berlin, 10. Februar.

Dieselbe Komödie wie im Reiche, spielt sich jetzt auch im preußischen Landtag ab. Am 5. Dezember wurde das Preußen-Parlament gewählt und bis heute, nach zwei Monaten, ist der preußische Landtag nicht fähig gewesen, den verfassungsmäßigen Minister-Präsidenten und ein verfassungsgemäßes Kabinett zu bestellen. In der gestrigen Landtagssitzung sollte endlich die Wahl des neuen Minister-Präsidenten stattfinden. Und sie hat stattgefunden **mit dem Ergebnis, daß die preußische Regierungskrise einen Schritt vorwärts gehumpelt ist.** Die erforderliche Mehrheit für den Linkskandidaten Dr. Marx kam nicht zustande. Es fehlten zwei Stimmen. Der ehemalige Reichskanzler Marx erhielt 219 Stimmen, der Rechtskandidat Dr. von Richter 153 Stimmen. Da die absolute Mehrheit 222 Stimmen betrug, war die Wahl wieder einmal ergebnislos. Aber selbst wenn eine Mehrheit zustande gekommen wäre, oder zustande kommen wird, ein regierungsfähiges Kabinett ist damit noch lange nicht vorhanden. Dieselbe Situation wie im Reichstage.

Im Preußenhause wird, wie sich das aus den Aeußerungen der Parteiblätter ergibt, ein Minister-Präsident mit einer Linksregierung ein Messer ohne Stiel und Klinge bilden, denn die Rechtsparteien erstreben unter allen Umständen die Beseitigung des Innenministers Severing. Einer Linksregierung wird der Aemterverteiler, Herr Severing, aber unbedingt angehören. Wird Herr Dr. Marx gewählt, dann beginnt das ganze Komödienspiel der Ministersuche von neuem. Bringt Herr Marx sein Kabinett zusammen, dann fängt der Parteienkampf, das Gegeneinander-Arbeiten erst recht an, — zum Schaden des Ansehens des Parlaments sowohl, wie einer fruchtbringenden gesetzgeberischen Arbeit.

Aehnlichen trostlosen Zuständen gehen wir entgegen, wenn eine Rechtsregierung ans Ruder kommen sollte. Dann werden die Linksleute umgekehrt alle nur auffindbaren Knüppel zusammenlesen, um sie der Rechtsregierung zwischen die Beine zu werfen. Parteiinteressen, Machtgelüste und Futterkrippen-Politik gehen vorläufig in Preußen über das Volksinteresse.

Als Ausweg wird vielfach der Appell an das preußische Volk empfohlen. Neuwahlen sollen darüber entscheiden, ob die bisherige Regiererei bestehen bleiben oder fortgefegt werden soll. So viel steht fest: Die bisherigen Vorgänge im Preußen-Parlament sind nur Vorgefechte, die aber bereits einen trüben Blick tun lassen in die häßlichen und erbitterten Kämpfe, zu deren Schauplatz sich das Preußen-Parlament hergibt.

Der Ausweg, Neuwahlen in Preußen auszuschreiben, ist heute der einzige, um für den größten deutschen Staat stabile Verhältnisse zu schaffen, da eine Zweiteilung des Preußen-Parlaments vorhanden ist, durch die jede Regierung mit wenigen Stimmen gestürzt werden kann.

Vom Stinkbombenkrieg

= Berlin, 10. Februar.

Im Unterausschuß des preußischen Landtages kommt die Ermittelung wichtiger Tatsachen nur langsam vorwärts, da der Hauptzweck immer wieder überwuchert wird durch das Schlinggewächs des Parteizanks. Wenn auch bereits die eine Frucht erzielt ist, daß Herr Bauer seine Unmöglichkeit eingesehen hat, so bleibt doch der Zweifel an der Zweckmäßigkeit solcher Untersuchungsausschüsse bestehen. Wir müssen dem Abgeordneten Dr. Pinkerneil recht geben, der auf Grund seiner Erfahrungen im Landtagsausschuß das ganze Verfahren für unhaltbar erklärt hat. Der parlamentarische Untersuchungsausschuß soll doch in solchen Fällen eine Art Ehrengericht sein. Dann folge man auch dem Beispiel der militärischen Ehrengerichte, die erst nach Abschluß des ordentlichen Gerichtsverfahrens tagen, sofern ein solches im Gange ist.

In der „Gegenoffensive", die mit der Bezahlung der Mäcum-Lasten geführt wird, hagelt es Erklärungen von beiden Seiten. Warum wartet man nicht die Denkschrift ab? Die Frage der Beteiligung der sozialistischen Minister an den ersten Kabinettsbeschlüssen im Oktober 1923 ist nur ein „Nebenkriegsschauplatz"; und hier hat sich immerhin schon ergeben, daß die ersten Anschuldigungen der Linkspresse, die sich gegen Dr. Stresemann persönlich richteten, völlig wiederlegt worden sind.

Dr. Hoefle verhaftet

Cb. Berlin, 11. Februar. (Eig. Ber.) Reichspostminister a. D. Hoefle ist verhaftet worden. Die Staatsanwaltschaft rief gestern nachmittag in der Villa Dr. Hoefles in Lichterfelde an und ersuchte den Herrn Minister sofort nach Moabit zu einer Vernehmung zu kommen. Dort wurde Dr. Hoefle sofort festgenommen.

Zu dieser schweren Maßnahme, die der Wanderer bereits vor zwei Tagen ankündigen konnte, haben die Geständnisse Julius Barmats in den letzten Tagen beigetragen, der Dr. Hoefle schwer belastet hat. Ferner stellte die Staatsanwaltschaft große Bewegungsverschiebungen des früher völlig mittellosen Dr. Hoefle fest, die sehr verdächtig erscheinen.

Geständnisse des ehemaligen Postministers

Berlin, 11. Februar. (Eig. Ber.) Die blitzartige Beleuchtung der innerpolitischen Lage durch die Verhaftung Dr. Hoefles wird dadurch tragisch, daß Dr. Hoefle in Moabit zugeben mußte, seit Sommer vorigen Jahres die Schwindeleien der Depositen- und Handelsbank gewußt zu haben. Trotz dieses Wissens, hat Dr. Hoefle weiterhin finanzielle Vorteile aus dem Verkehr der Post mit der Bank gezogen. Weiterhin ist auch die Tatsache auffällig, daß in dem Kontoauszug der Depositen- und Handelsbank der angeblich vermögenslose Dr. Hoefle mit großen Summen erscheint, die über die sechsstellige Zahl hinausgehen und der Aufklärung bedürfen.

Berlin, 11. Februar. Der Tag meldet: Hoefles Verhaftung sei darauf zurückzuführen, daß Hoefle seine großen Barguthaben abgehoben hat und in den letzten Tagen verdächtige Kisten aus seiner Villa in Lichterfelde fortgeschafft habe. Alles deutet darauf hin, daß Herr Hoefle mit den erschwindelten Millionen ins Ausland flüchten wollte.

Berlin, 11. Februar. (Eig. Ber.) Der Lokalanzeiger meldet: Der Oberstaatsanwalt hat bereits die Haftentlassung Dr. Hoefles abgelehnt. Nach Auffassung der Staatsanwaltschaft ist die passive Bestechung bei dem Minister Hoefle so gut wie erwiesen.

Preußens Kabinettskrise

G. Berlin, 11. Februar. In der heutigen Plenarsitzung des preußischen Landtages wurde die Wahl des Minister-Präsidenten vorgenommen. Abgegeben wurden 444 Stimmen (das Haus zählt 450 Abgeordnete.) Es haben also nur sechs gefehlt. Unbeschrieben war ein Zettel. Die absolute Mehrheit beträgt 222.

Es haben erhalten Marx (Zentrum) 219, Dr. v. Richter (DVP.) 153 Tietz (Komm.) 43, Ladendorff (Wirtschaftliche Vereinigung) 16, Abgeordneter Körner (Nat.-Soz.) 11, Dr. v. Kampe (DVP.) 1. Es muß also Stichwahl zwischen Marx und Dr. v. Richter stattfinden.

Dr. Marx gewählt

TU. Berlin, 10. Februar. Bei der Stichwahl im preußisen Landtag wurden abgegeben 445 Karten, 17 Zettel waren unbeschrieben, 43 Zettel ungültig. Die absolute Mehrheit beträgt also 193. Dr. Marx (Z.) vereinigte 223 Stimmen auf sich, Dr. von Richter 162 Stimmen. Landtagspräsident Bartels erklärte darauf unter dem Beifall der Mitte, daß Dr. Marx gewählt ist. (Zurufe der Kommunisten: Wie lange?) Es folgt dann die Wahl des Landtagspräsidenten. Zentrum, Sozialdemokraten und Demokraten treten wieder für Dr. Bartels (Soz.-Dem.) ein.

Der Lohnkampf in England

TU. London, 10. Februar. Heute finden Besprechungen zwischen Arbeitgebern und Vertretern von 41 Gewerkschaften statt. Man wird dabei die Verhandlungen über die Forderungen der Arbeitnehmer, den Wochenlohn um 1 Pfund zu erhöhen, wieder aufnehmen. Die Lage im Kohlenbergbau ist noch ungeklärt. Es werden die heutigen Verhandlungen von allen beteiligten Kreisen für sehr bedeutsam angesehen.

Die neue Ministerliste

Cb. Berlin, 11. Februar. (Eig. Ber.) In den Wandelgängen des Landtags hieß es gestern, daß der Abgeordnete Dr. Hoepker-Aschoff das Finanzministerium, Dr. Schreiber-Halle das Handels-Ministerium, der bisherige Staatssekretär Becker das Kultusministerium übernehmen wird, während Hirtsiefer das Wohlfahrtsministerium, Dr. Amzehnhoff das Justizministerium und Severing das Ministerium des Innern behalten soll. Die künftigen Kabinettsmitglieder sollen auf dem Standpunkt stehen, daß, nachdem der Landtag Herrn Marx durch die Wahl sein Vertrauen ausgesprochen habe, es nicht nötig sei, für die von Herrn Marx berufenen Minister besonders das Vertrauen einzuholen.

Aus dem Sumpf

Cb. Berlin, 11. Februar. (Eig. Ber.) Die Magdeburgische Zeitung meldet: Kutisker hat gestern ein Geständnis abgelehnt. Der für den 18. Februar anberaumte Termin in der Strafsache gegen den früheren Chef der Fremdenpolizei Oberregierungsrat Dr. Bartels ist vertagt.

Mit 5 Millionen flüchtig

Cb. Genf, 11. Februar. (Eig. Ber.) Der Matin meldet, daß der deutsche Botschafter den Antrag auf Verhaftung und Auslieferung des Berliner Bankdirektors Wolpe gestellt hat; Wolpe soll mit 5 Millionen Mark Staatsgeldern geflüchtet sein und sich in Paris aufhalten.

Herriots erste Niederlage

(:) Genf, 11. Februar. Im französischen Kammerausschuß für Auswärtiges erlebte Herriot am Montag seine erste Niederlage. Der Ausschuß beschloß gegen den Antrag Herriots eine gemischte Kommission für die Schuldenfrage einzusetzen.

Appell an die Macht?

Genf, 11. 2. (Privattel.) Wie der Pariser Herald aus London meldet, werden von den Londoner Exporthäusern fast alle Kredite für Osteuropa zurückgezogen. Auch die Schiffahrtslinien fordern seit Montag erhöhte Tarife nach der Ostsee und dem östlichen Mittelmeer. Die Beunruhigung sei entstanden durch die Auffassung der Londoner Börse, daß sowohl in der Danziger Frage wie hinsichtlich des griechisch-türkischen Konfliktes man letzten Endes doch mit dem Appell an die Macht rechnen müsse, da weder Polen noch die Türkei Neigung zeigten, sich Schiedssprüchen zu unterwerfen.

Der Tschela-Prozeß

TU. Leipzig, 10. Februar. Unter starkem Andrang des Publikums begann heute im Gerichtsgebäude in Leipzig vor dem ersten Senat des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik der Prozeß gegen die deutsche Tschela, offiziell genannt gegen Neumann und Genossen. Der Platz vor dem Gerichtsgebäude wurde durch ein Polizeiaufgebot wegen Ansammlungen geschützt. Die Besucher des Gerichtsgebäudes müssen sich einer polizeilichen Kartenkontrolle unterziehen. Neben jedem der 16 Angeklagten sitzt ein Schutzpolizist. Den Vorsitz führt Senatspräsident Niedner, der die Versammlung kurz nach 9 Uhr eröffnet. Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Loewenthal weist zunächst darauf hin, daß von der Verteidigung als Zeuge auch Senatspräsident Niedner genannt worden sei. Niedner erwidert darauf, daß er der Ladung keine Folge leiste. Ueber diese Ablehnung entspann sich eine längere Debatte.

Rechtsanwalt Dr. Neumann verwies auf die Gepflogenheit des Reichsgerichtes, nach der die Ladung der Gerichtsvorsitzenden als Zeuge unzulässig sei. Nach kurzer Beratung wurde vom Gericht der Antrag auf Vernehmung des Senatspräsidenten Niedner abgelehnt, da es wichtiger sei, wenn er als Vorsitzender des Prozesses fungiere. Die Verteidigung stellt darauf den Beweisantrag auf Vernehmung Niedners, in dem gesagt wurde, daß sich die Anträge auf Feststellungen, stützen, die in einem früheren, von Niedner geleiteten Waffenschiebungsprozeß gemacht worden seien. Von der Verteidigung wurde eine Aenderung des Zustandes gefordert, daß Schutzpolizeibeamte neben den Angeklagten sitzen und die Verständigung mit den Verteidigern dadurch beschränkt werden. Ueber diesen Antrag zog sich das Gericht zur Beratung zurück. Als Ergebnis der Beratung teilte der Gerichtsvorsitzende mit, daß eine Umgruppierung der bei den Angeklagten sitzenden Schutzpolizisten vorgenommen werden solle. Die 16 Angeklagten werden darauf über ihre Personalien vernommen. Sie sind fast durchweg Ende Februar 1924 in Untersuchungshaft genommen worden. Die meisten sind verheiratet und nur wegen politischer Vergehen vorbestraft. Verteidiger Dr. Wolf lehnt hierauf im Namen sämtlicher kommunistischer Verteidiger das gesamte Gericht in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung, besonders aber den Vorsitzenden Niedner als befangen ab. Er gründete diese Ablehnung mit den bisherigen Arbeiten des Staatsgerichtshofes und einer ganzen Reihe von Aeußerungen, die Staatspräsident Niedner in früheren Prozessen getan haben soll.

In der Nachmittagssitzung stellte die Verteidigung Anträge, den Angeklagten Neumann auf seinen Geisteszustand hin zu untersuchen und auch Angehörige darüber zu hören. Das Gericht lehnte die Anträge ab und nahm die Vernehmung des Angeklagten Neumann auf. Neumann ist 35 Jahr alt, von Beruf Schriftsetzer. Er gibt zu, daß sein Vater und ein Bruder von ihm geisteskrank seien, hält sich aber für völlig normal. Er äußert sich ausführlich über die kommunistische Partei. Er, Neumann, sei mit der Organisierung des revolutionären Komitees beauftragt worden. Das Komitee bestand aus sieben Personen, von denen jeder eine Abteilung leitete. Der militärische Organisationsleiter war Ulbrich. Die eigentlichen militär-technischen Angelegenheiten leitete Skoblewsky, der seinen Sitz in der russischen Botschaft hatte und dem ein Generalstab aus meist russischen Genossen zur Verfügung stand. Die Abteilung „Verkehr" leitete der Abg. Heckert, die Abteilung „Ernährung" Iwan Katz. Daneben gab es Nachrichten-, Verbindungsabteilungen und andere. Das revolutionäre Komitee hatte die Aufgabe, den bewaffneten Aufstand vorzubereiten und zu führen. Die Abteilung für Waffenbeschaffung unterstand dem Abg. Pieck. Im Oktober 1923 sei in der Wohnung des Abg. Koenen der Alarm- und Mobilmachungsbefehl beschlossen worden, der durch Kuriere sofort den Leitern der Bezirke zugestellt wurde.

Die Verhandlung wurde dann auf Mittwoch 9 Uhr vertagt.

Eine peinliche Situation

Den Zweifeln, ob der Staatsanwalt beim Reichstag die Genehmigung zur Strafverfolgung Dr. Hoefles einholen werde, machte die Montagssitzung des Reichstages ein Ende: Die Mitteilung, daß Dr. Hoefle sein Mandat niedergelegt habe, wirkte zwar nicht mehr als Ueberraschung, aber doch noch als peinliche Sensation. Ueber die